



*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,*

in meiner vorherigen Infopost habe ich mit Zuversicht davon berichtet, dass die Ampelfraktionen sich trotz Reibereien einigen werden. Und genau das ist eingetroffen, die Fraktions- und Parteispitzen haben die Köpfe zusammengesteckt und die grobe Richtung bei den offenen Punkten geeint. In einer Versammlung in Dortmund Scharnhorst wurde ich deshalb gefragt, „Warum dann immer so ein Theater?“ Ja, das frage ich mich auch oft, zumal das Theater meist nicht im Bundestag, sondern über die Medien und anschließend am „Tresen“ losgetreten wird. Wir unterhalten uns halt meist lieber über negative Dinge und Skandale als über gute Sachen. Die werden zwar auch zur Kenntnis genommen, aber dann schnell abgehakt. Das liegt in der Natur des Menschen, könnte man leicht sagen und manchmal erwische ich mich selbst dabei, zunächst dem Skandal Aufmerksamkeit zu schenken. Doch dies bringt die Gefahr mit sich, dass die Negativberichterstattung die Überhand gewinnt und der Eindruck entsteht, es wird alles schlimmer. Hier müssen wir gemeinsam aufpassen, dass gute Botschaften Interessierte noch erreichen. Das heißt nicht Friede, Freude, Eierkuchen, aber sachliche Berichterstattung und eine gute Bilanz kann eher helfen, die Zukunft zu gestalten als Drohkulissen.

Neuer Fahrplan für das Heizungsgesetz!

Die Einigung beim „Heizungsgesetz“ (Gebäudeenergiegesetz) passt zum Eingangstext. Vom Grundsatz ist fast allen Fraktionen im Parlament klar, dass wir zur Erreichung der gesetzten Klimaziele das Einsparpotential in Gebäuden nutzen müssen. Denn hier entstehen etwa 30 Prozent der CO₂-Emissionen. Zudem wird Gas und Öl teurer werden. Also hat der Wirtschafts- und Energieminister ein Gesetz erarbeitet, welches den Weg beschreibt, wie wir unsere Art zu heizen umstellen können. Das Gesetz war weder fertig noch abgestimmt, da erschienen schon Horrorszenarien in der Zeitung mit den großen Buchstaben. Obwohl die Kommunikation ab diesem Zeitpunkt wirklich schwierig war, haben wir uns nicht beirren lassen und weiter daran gearbeitet.

Eigentlich sollte der fertige Entwurf in dieser Woche vom Parlament verabschiedet werden. Doch ein Abgeordneter der Opposition hat wegen der zu kurzen Bearbeitungszeit geklagt und das Bundesverfassungsgericht hat dem stattgegeben. Aufgrund dessen beschließen wir das Heizungsgesetz erst nach der Sommerpause.

Inhaltlich finde ich jetzt das Gesetz samt den Änderungen gut. Die wichtigsten Punkte stelle ich euch hier in Kürze vor:

Kommunale Wärmeplanung

- Zuerst muss die Kommune eine flächendeckende Wärmeplanung vorlegen – für Dortmund als Großstadt muss diese bis 2026 vorliegen. Das heißt, bis dahin muss geklärt werden, welches Haus zukünftig z.B. an ein Fern- oder Nahwärmenetz angeschlossen wird. Dadurch gibt es mehr Planbarkeit und mehr Zeit für den Umstieg.
- Nur für Neubauten in Neubaugebieten gilt ab dem 1.1.2024 die Pflicht, eine klimafreundliche Heizung einzubauen. Im Bestand wird die Umstellung erst notwendig, wenn die Wärmeplanung vorliegt. Wer nach dem 1.1.2024 eine Gasheizung einbauen möchte, muss sich vorher beraten lassen. Hierbei geht es darum, über die zukünftig steigenden Gaspreise und über Heizalternativen informiert zu werden.
- Der Einbau einer Heizung, die mit Holz oder Pellets betrieben wird, bleibt weiterhin möglich.

Förderungen

- Für jeden Eigentümer, Vermieter und jede Kommune gibt es 30 Prozent Förderung. Hinzu kommen 30 Prozent für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen von bis zu 40.000 Euro. Dieser soziale Faktor kommt bei rund 40 Prozent der Hauseigentümer zum Tragen.
- Wer besonders schnell reagiert, erhält zusätzlich einen Bonus in Höhe von 20 Prozent der Investitionskosten, so dass insgesamt maximal 70 Prozent der Kosten übernommen werden können.

Mieterschutz

- Uns war wichtig, dass Mieter:innen nicht über Gebühr belastet werden. Deshalb darf beim Heizungstausch die Miete um höchstens 50 Cent pro Quadratmeter steigen. Zudem gibt es eine Härtefallregelung: Übersteigen die Kosten zu mehr als 30 Prozent das Haushaltseinkommen, gilt eine beschränkte Umlagefähigkeit.

Europäisches Asylsystem wird reformiert

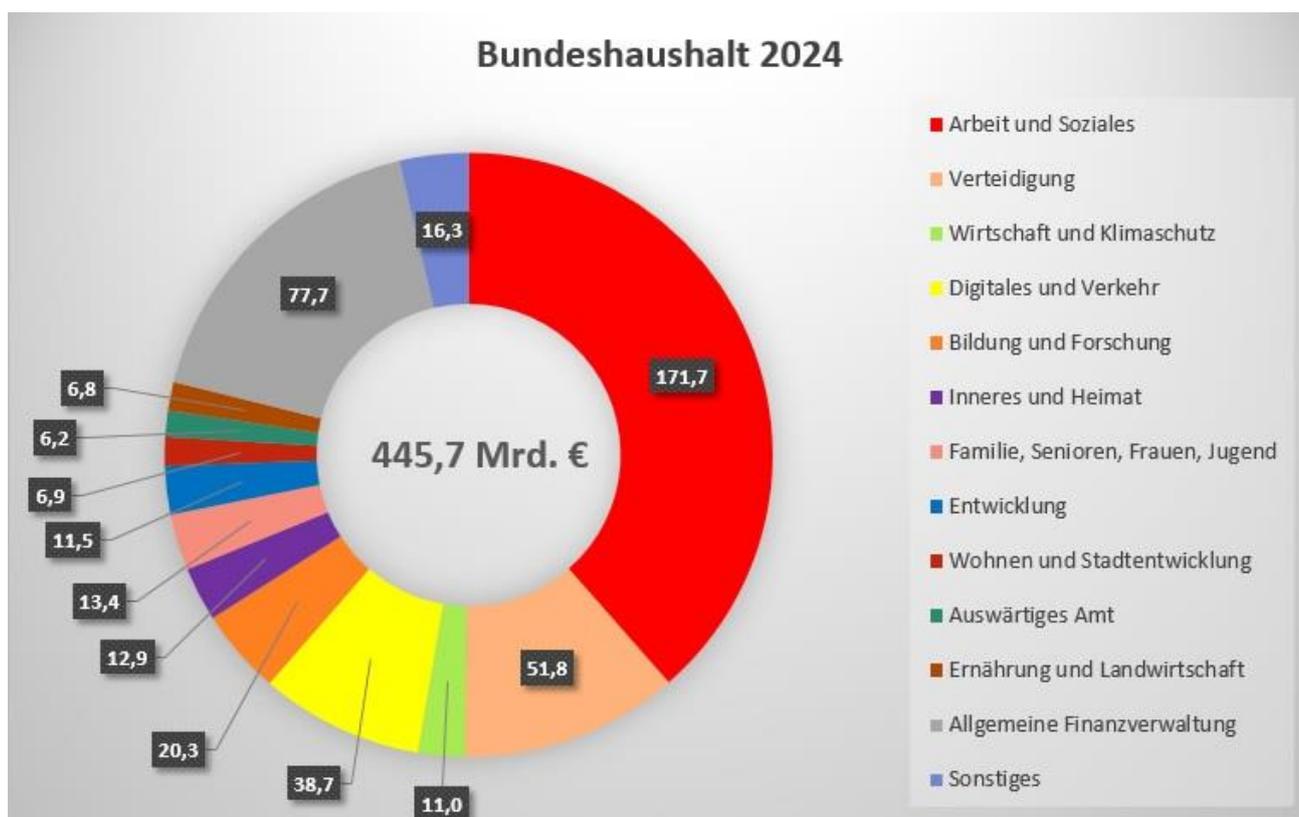
Nach Jahren der Verhandlungen und Blockaden hat man sich in der EU auf eine Reform des Asylsystems geeinigt. Das ist ein großer Erfolg und zeigt, dass Europa handlungsfähig ist. Doch was steckt dahinter? Insbesondere Länder mit EU-Außengrenzen – wie Italien, Spanien und Griechenland – wurden in der Vergangenheit zu wenig bei der Aufnahme und Versorgung von Schutzsuchenden unterstützt. Grund dafür war, dass man sich nicht auf eine gerechte Verteilung innerhalb Europas einigen konnte. Zu viele Länder haben eine Zusammenarbeit abgelehnt und sich immer mehr abgeschottet.

Der Kompromiss sieht vor, dass Vorabprüfungen an den Grenzen stattfinden können. Diese sogenannten Grenzverfahren durchlaufen aber nur Menschen mit geringer Bleibeperspektive in der EU. Geflüchtete aus Kriegsgebieten, etwa aus Irak, Syrien und dem Afghanistan, sind von diesem Verfahren weiterhin ausgenommen, da es bei ihnen wahrscheinlich ist, Asyl in Europa gewährt zu bekommen.

Kern der Einigung ist der solidarische Verteilmechanismus: Mitgliedstaaten müssen entweder Geflüchtete aus Grenzstaaten aufnehmen oder Zahlungen leisten. Damit sorgen wir für mehr Fairness zwischen den Mitgliedstaaten.

Haushalt 2024

Diese Woche hat das Bundeskabinett den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr vorgestellt. Nach der Sommerpause beraten wir darüber dann im Bundestag. Viele Ressorts werden Einsparungen vornehmen müssen, denn im nächsten Jahr soll die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse eingehalten werden: Zwar verschulden wir uns im nächsten Jahr um weitere 16,6 Milliarden Euro, dies liegt aber in der erlaubten Grenze von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.



Um trotzdem fortschrittliche und soziale Politik machen zu können, erhalten einige Ressorts dennoch höhere Mittel als in diesem Jahr: Bei Arbeit und Soziales ist der Anstieg am höchsten, aber auch Digitales und Verkehr sowie Verteidigung haben nächstes Jahr ein höheres Budget. Mit insgesamt 445,7 Milliarden Euro Staatsausgaben liegt der geplante Bundeshaushalt 2024 mit 30 Milliarden Euro unter dem von diesem Jahr.

Neue Wege in der Sterbebegleitung

Seit das Bundesverfassungsgericht 2020 das Verbot der Suizidassistentz gekippt hat, ist Suizid und Beihilfe dazu in Deutschland grundsätzlich legal. Doch das Gericht empfahl dem Gesetzgeber, die Sterbehilfe durch Gesetze zu regulieren. Deshalb haben wir im Bundestag viele Diskussionen geführt und in

dieser Woche standen zwei Vorschläge zur Abstimmung: Der erste Vorschlag stellt die Sterbehilfe erneut unter Strafe und macht diese nur unter strengen Bedingungen möglich. Beim zweiten Vorschlag wird die Sterbehilfe aus dem Strafrecht herausgenommen und es wird auf ein breitgefächertes Beratungsnetz gesetzt. Aber leider konnte keiner der beiden Vorschläge eine Mehrheit finden und so bleibt es beim unregulierten Zustand. Aktuell ist damit weder der Zugang zur Suizidassistentz geklärt, noch gibt es Regeln für Sterbehilfevereine. Weil es Rechtssicherheit und Klarheit braucht, werden sich nun in einem weiteren Anlauf die beiden Gruppen um eine gemeinsame Lösung bemühen.

Eine dritte Abstimmung hatte aber riesen Erfolg: 687 von 692 Abgeordneten sprachen sich für einen Antrag zur Stärkung der Suizidprävention aus. Die Bundesregierung ist nun aufgefordert, einen Gesetzentwurf und eine Strategie vorzulegen – inklusive eines bundesweiten Suizidpräventionsdienstes.

Verkehrsprojekte beschleunigen

Wir brauchen ein funktionierendes Straßen- und Schienennetz um wettbewerbsfähig zu bleiben, aber auch um beim Klimaschutz voranzukommen. Deswegen drücken wir aufs Tempo: Wichtige Schienenprojekte erhalten Vorrang und können so schneller umgesetzt werden. Dadurch bekommen wir auch mehr Güter auf die Schiene. Bei der Sanierung älterer Brücken wird der Genehmigungsaufwand und somit die Dauer der Verfahren halbiert. Für Windräder an Autobahnen wird das Zustimmungsverfahren vereinfacht und Photovoltaikanlagen müssen an neuen Autobahnabschnitten mitgebaut werden. Zudem werden die Genehmigungsverfahren digitalisiert, so dass alles online abgewickelt werden kann.

So, die letzte Sitzungswoche vor der Sommerpause ist geschafft und der Urlaub mit der Familie steht vor der Tür. Danach habe ich so einige Termine: Ich freue mich zum Beispiel auf mein Praktikum beim Dortmunder Hafen, den Besuch beim Planerladen, die Interessengemeinschaft Wickeder Vereine, den Schützenverein, den Deutschen Kanu-Verband, zwei Besuchergruppen in Berlin, die Kreishandwerkerschaft, den evangelischen Kirchenkreis, viele Gartenvereine und Bürgerfeste und und und. Sie alle liegen mir am Herzen, deshalb mache ich Politik, denn nur durch Begegnung schaffen wir Verständnis füreinander. Vielleicht sehen wir uns bei dem einen oder anderen Termin – gemeinsam klappt doch vieles besser!

In diesem Sinne wünsche ich euch schöne Sommertage!

Eure

Sabine